

Stuttgarter Diversity Kongress 2016

„Kommunale Politik der Vielfalt in Zeiten des Umbruchs“

14. Juni 2016

Grußwort von Brigitte Lösch MdL

Sehr geehrte Frau Dr. Matschke
sehr geehrte Herr Dr. Kilgus, Frau Ruthhard, Herr Dr. Kramer und Frau Schulze
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,
sehr geehrte, liebe Stadträt*innen,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrem zweiten Diversity Kongress in Stuttgart.
Ich freue mich sehr dass ich hier zu diesem wichtigen, aber auch sehr vielschichtigen
Thema ein Grußwort sprechen darf.

Gleich als erstes möchte ich der städtischen Abteilung für individuelle
Chancengleichheit von Frauen und Männern – insbesondere an Frau Dr. Ursula
Matschke - und der städtische Integrationsabteilung für ihr Engagement in diesem
Bereich danken - ohne sie würde es diesen bundesweiten Kongress nicht geben.

„Kommunale Politik der Vielfalt in Zeiten des Umbruchs“ ist ein guter Titel für die
unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Diskussionen, die wir im Augenblick
führen – ob im Rahmen der Demografie – zwischen Alt und Jung, ob im Rahmen der
Flüchtlinge – zwischen Einheimischen, Migrant*innen und Flüchtlingen, ob im
Zeichen der Inklusion - zwischen Menschen mit und ohne Handicap oder auch im
Zeichen der unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Identitäten von
Menschen.

Vielfalt, Buntheit oder Diversity, wie es heute heißt, werden weltweit mehr und mehr
als Wettbewerbsvorteil erkannt: Wenn Menschen mit unterschiedlichen
Standpunkten und verschiedenen Erfahrungen auf eine Sache schauen, dann
bereichert dies die Bandbreite und vervielfältigt die Erkenntnis.
Mittlerweile macht das Leitbild Diversity sogar eine ungeahnte Erfolgsgeschichte
durch.

In der Pädagogik geht es heute um die Vielfalt der Kinder und Jugendlichen – mit
und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Handicaps. Unterschiede - so das
überzeugende Credo dieses Ansatzes - werden dabei nicht als Defizit und
Bedrohung, sondern als Bereicherung wahrgenommen.

Diversity bedeutet also, Menschen sind verschieden, anders, ungleich und nicht
einer, sondern unterschiedlicher Meinung. Und je vielfältiger eine Gesellschaft ist,
desto lebendiger und innovativer ist sie auch. Das heißt, man orientiert sich nicht am
Defizit einer Person, sondern an dessen Potentialen, Ressourcen und Fähigkeiten –

unabhängig der sozialen Herkunft, der Religion, sexuellen Identität, Alter, Geschlechts und mit oder ohne Behinderung.

Dies zeigt deutlich, dass Diversity nicht nur ein Thema von Einzelnen sondern von uns allen ist – von Stadt, Land, Gesellschaft und auch Wirtschaft.

In der Wirtschaft steht das „diversity management“ für eine Personalpolitik, die auf Erfolgssteigerung über bewusst vielfältige zusammengestellte Teams setzt.

Seit zehn Jahren setzt sich die Unternehmensinitiative Charta der Vielfalt für eine Arbeitswelt ohne Vorurteile ein (sie wurde von Daimler, der BP Europa, der Deutschen Bank und der Deutschen Telekom im Dezember 2006 ins Leben gerufen. Mehr als 2.250 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen haben die Charta der Vielfalt bereits unterzeichnet und kontinuierlich kommen neue Unterzeichner hinzu.

Ein wichtiger Bestandteil des Diversity Managements ist die Gender Diversity, also die „Geschlechtsspezifische Diversität“, die die bewusste Anerkennung und Förderung geschlechtlicher Parität in Organisationen bezeichnet.

Auch in der Landespolitik ist Genderpolitik seit vielen Jahren fest verankert – genauer gesagt seit 2004, wo die schwarz-gelben Landesregierung unter Erwin Teufel folgendes verabschiedet hat:

„Gender Mainstreaming bedeutet, dass bei allen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern von vorneherein und regelmäßig berücksichtigt werden.“

Diese Definition ist zu finden im Faltblatt und in der Broschüre „Chancengleichheit als Leitprinzip – Umsetzung in der Landesverwaltung – Gender Mainstreaming“ des Sozialministeriums.

Von daher ist es für mich unverständlich wie von rechten Gruppierungen und rechtspopulistischen Parteien der Genderbegriff missbraucht wird mit Begrifflichkeiten wie Genderideologie oder Genderwahn!

Auch im neuen Koalitionsvertrag der grünscharzen Landesregierung ist das Instrument des Gender Mainstreaming verankert – auch wenn es explizit nicht so benannt wird:

„Wir wollen bei allen politischen Vorhaben und Entscheidungen die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männer grundsätzlich und systematisch berücksichtigen, und wir wollen prüfen, inwiefern dies auch in Bezug auf den Landeshaushalt verwirklicht werden kann.“

Weiterhin ist festgehalten, dass es gleiche Verwirklichungschancen für Frauen und Männer auf allen politischen und beruflichen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen geben muss.

Das beinhaltet zum einen in Bezug auf den Gender Pay Gap (also die geschlechtsspezifische Lohnlücke, die im Bundesdurchschnitt 22%, in Baden-Württemberg sogar 26 % beträgt), dass wir für eine diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung im öffentlichen Dienst eintreten und geeignete Maßnahmen für Entgeltgleichheit ergreifen werden.

Beamte und Angestellte des Landes sollen nicht nur wie bisher die Möglichkeit haben, Elternzeit zu nehmen oder sich für die Erziehung ihrer Kinder beurlauben zu lassen. Nein wir wollen sicherstellen, dass ihnen daraus kein karrierenachteil entsteht, z.B. kann unter bestimmten Voraussetzungen die Elternzeit wie Dienstzeit für Beförderungen angerechnet werden.

Und worauf ich sehr stolz bin, zum Thema Frauen in Führung, ist die ganz klare Aussage deutlich mehr Frauen in Führungspositionen haben zu wollen, sowohl in Politik, wie Verwaltung und Wirtschaft – und dies nicht nur über neue Programme, Auszeichnungen und Initiativen umsetzen zu wollen, sondern auch über gesetzliche Verankerungen:

„Die Frauenquote ist ein Schlüssel für eine gerechte Repräsentation von Frauen in den Entscheidungsgremien von Wirtschaft und Politik.“

Und – zur geschlechtergerechten Beteiligung von Frauen im Landtag werden wir eine Reform des Landtagwahlrechts angehen, indem wir eine Landesliste einführen wollen.

Zudem setzt sich das Land für eine Aufwertung und bessere Bezahlung der Berufe in der sozialen Branche und für den Abbau unsicherer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse ein.

Baden-Württemberg ist ein modernes, vielseitiges und weltoffenes Land. Wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und das gute und respektvolle Miteinander zu fördern.

Wo sich die Potentiale einer vielfältigen Gesellschaft entfalten können, wächst gleichzeitig auch die gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Der Abbau von Benachteiligung und Ausgrenzung stärkt das demokratische Gemeinwesen. Dabei wenden wir uns gegen jegliche Form der Diskriminierung – egal ob sie aufgrund der ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexuellen Identitäten oder wegen des Alters, einer Behinderung oder des Geschlechts eines Menschen erfolgt.

Das Land wird eine Antidiskriminierungsstelle einrichten, wo Betroffene schnelle unbürokratische Beratung und Hilfe bekommen.

Und auch wenn das Wort LSBTTIQ im Koalitionsvertrag nicht vorkommt, haben wir doch viel für Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten erreicht.

Die neuen Bildungspläne werden planmäßig zum Schuljahr 2016/2017 an den baden-württembergischen Schulen eingeführt. Die darin verankerte Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ wird den Schüler*innen einen wertschätzenden Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt vermitteln und die gegenseitige Achtung und Wertschätzung von Verschiedenheit fördern.

Der 2015 verabschiedete Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte wird weitergeführt und umgesetzt. Auch die zugehörige Zielvereinbarung zwischen der Landesregierung und dem Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg gilt unverändert fort. Die im Aktionsplan festgelegten zwanzig konkreten Ziele sollen zum Abbau von Diskriminierung führen - querbeet durch alle Zuständigkeitsbereich – vom Aufbau von bedarfsgerechten Beratungs- und Unterstützungsangeboten, Sensibilisierung der Akteure in der Pflege bis hin zur Schaffung einer diskriminierungsfreien Arbeitswelt.

Für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge - die z.B. aufgrund ihrer sexuellen Identität diskriminiert werden – übernimmt das Land Verantwortung. Wir brauchen gesonderte Unterbringungsmöglichkeiten in Form von dezentralen Schutzwohnungen in allen vier Regierungspräsidien – und wir brauchen Handreichungen, spezifische Information und Beratung sowie die Vernetzung von Flüchtlingshilfe und Zivilgesellschaft. Gemeinsam mit dem Netzwerk LSBTTIQ ist es gelungen eine erste Handreichung dazu zu erarbeiten.

Die Bluttat von Orlando war nicht nur ein Angriff auf eine offene Gesellschaft, sondern galt einer bestimmten Gruppe, einer bestimmten Lebensweise. Diese Tat hat uns nochmals die Augen geöffnet, dass viele aus der LSBTTIQ-Szene sich nicht sicher als Teil einer offenen Gesellschaft fühlen können. Unsere Antwort auf solche terroristische Anschläge heißt: Nicht vom Hass anstecken lassen, sondern gemeinsam Zusammenstehen gegen den Hass! Und dazu muss man den Hass, in diesem Fall die Homophobie und Transphobie, aber auch beim Namen nennen. Es gilt gemeinsam, für gleiche Rechte, gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt zu streiten und jeder Ideologie der Ungleichwertigkeit entgegenzutreten. Denn diese führt in letzter Konsequenz immer wieder zu Gewalt und tödlichem Hass.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und erfolgreiche Veranstaltung. Ich freue mich, dass so viele von Ihnen heute den Weg gefunden haben und damit Ihr Interesse an diesem wichtigen Thema zum Ausdruck bringen!

Vielen Dank!